



SDGs | DIE UN-NACHHALTIGKEITSZIELE: JETZT HANDELN!



EIN AUFRUF AN POLITIK, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT FÜR KOHÄRENTES HANDELN AUF DER BASIS DER AGENDA 2030

Der SENAT DER WIRTSCHAFT richtet gemeinsam mit SDG Watch Austria in diesem PLÄDOYER einen Appell an alle EntscheidungsträgerInnen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, sich unverzüglich mit der Bedeutung der UN-Nachhaltigkeitsziele umfassend vertraut zu machen und das eigene Handeln ohne Zeitverzögerung an diesen SDGs (Sustainable Development Goals) auszurichten.

Dieses PLÄDOYER bietet alle dafür nötigen Basisinformationen und enthält konkrete Handlungsempfehlungen für Politik, Wirtschaft und gesellschaftsrelevante Institutionen. SDG Watch Austria und der SENAT setzen sich zur Erreichung aller SDGs für eine ganzheitliche Sichtweise der Agenda 2030 ein, welche die soziale, ökologische und ökonomische Dimension gleichermaßen umfasst und globale Implikationen von nationalen und regionalen Entscheidungen miteinbezieht. Exemplarisch liegt der Fokus in diesem PLÄDOYER auf dem Umwelt- und Wirtschaftsbereich.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen soll die Staaten der Welt gegen die globalen Herausforderungen des frühen 21. Jahrhunderts wappnen. Die Staaten, mit all ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen StakeholderInnen, sollen so widerstandsfähig gegen globale Krisen werden – angefangen von den Umbrüchen in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung bis hin zur Klimakrise. Sie umfasst 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, kurz: SDGs), die sich wiederum in 169 Teilziele aufgliedern.¹ Alle 193 Unterzeichnerstaaten verpflichteten sich Ende 2015 dazu, die 17 SDGs selbst zu erreichen. Die Agenda 2030 und die SDGs wenden sich ausdrücklich auch an die reichen Industriestaaten. Damit unterscheiden sie sich fundamental von den davor gültigen Millenniumszielen der UNO, die Hunger und Armut in den sogenannten Entwicklungsländern überwinden sollten. **Die SDGs gehen uns daher alle etwas an** und werden zukunftsentscheidend für Unternehmen und den Staat sein!

Eine Publikation des

DETAILINFORMATIONEN

Die 17 Hauptziele



Warum die SDGs maßgeblich sind

Die Agenda 2030 und die SDGs sind nützliche Werkzeuge, um sich als Staat und Unternehmen möglichst stabil und robust gegenüber Krisen aufzustellen. Sowohl Bundespräsident Alexander Van der Bellen² als auch der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz³ bezeichneten sie als Kompass.

Die SDGs decken praktisch alle Aufgaben des modernen Staates ab, wie u.a.:

- Keine Armut (SDG 1)
- Gesundheit und Wohlergehen (3)
- Hochwertige Bildung (4)
- Bezahlbare und saubere Energie (7)
- Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum (8)
- Industrie, Innovation und Infrastruktur (9)
- Nachhaltige Städte und Gemeinden (11)
- Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion (12)
- Maßnahmen zum Klimaschutz (13)
- Leben am Land (15)

Die Agenda 2030 definiert dabei alle 17 Ziele als gleich wichtig und damit als gleichrangig. Maßnahmen, die zur Erreichung eines SDGs beitragen, sollen uns nicht gleichzeitig von anderen SDGs weiter wegbringen. Das erfordert, über thematische Tellerränder hinauszublicken, das große Ganze im Auge zu behalten und jedes Konzept, jede Maßnahme sowie jede politische und wirtschaftliche Weichenstellung unter sozialen, ökonomischen und auch ökologischen Gesichtspunkten zu bewerten. Die SDGs entsprechen damit vollinhaltlich den Zielen des SENAT DER WIRTSCHAFT zur Etablierung einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft.

Im Grundsatz der Gleichrangigkeit der SDGs liegt daher die Chance für einen Paradigmenwechsel in Politik und Wirtschaft:

- **Weg vom Wettstreit der Partikularinteressen und der ausschließlichen Orientierung am Gewinn, hin zur systemischen Herangehensweise zukunftsorientierter sowie kohärenter Politik und Wirtschaft.**

Eine kohärente Politik wirkt sich einerseits positiv auf die Bewältigung der staatlichen Aufgaben, aber auch positiv auf die öffentlichen Finanzen aus. Nicht umsonst waren die internationalen Rechnungshöfe bei den Verhandlungen zur Erarbeitung der Agenda 2030 höchst aktiv – allen voran auch der österreichische, unter der Präsidentschaft des späteren Justizministers Josef Moser.

Kohärentes Vorgehen verursacht geringere Kosten: Praxis-Beispiel „Klimakrise“

Ein Beispiel um die Funktionsweise der SDGs klarzumachen: **Die Reduktion der Treibhausgase als alleiniges Problem der fossilen Energien zu sehen, ist eine extrem verkürzte Herangehensweise.**

Zwar hat Österreich dank seines traditionell hohen Anteils von Wasserkraft an der Stromerzeugung eine gute Ausgangslage bei der Dekarbonisierung. Sollten jedoch die gesamten fossilen Energieträger – nicht nur bei der Strom,- sondern auch bei der Wärmeerzeugung und im Verkehr – in vollem Ausmaß durch Erneuerbare Energien ersetzt werden, wäre das eine extrem teure Lösung. Zudem müssten Wasserkraftwerke selbst den letzten Flusskilometer für die Stromerzeugung nutzen, gigantische Windparks würden bis an die Siedlungsgrenzen heranreichen und immer größere Flächen würden dem Anbau von Energiepflanzen dienen.

Die Folgen wären:

- Höhere Investitionen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien als notwendig.
- Gleichzeitig müssten Lebensräume unzähliger Arten dafür genauso geopfert werden, wie auch die Erholungsgebiete der Menschen. Letzteres würde Österreichs Tourismus schwer treffen.

Kohärente Politik und kohärentes Wirtschaften denken jedoch bei der Treibhausgasreduktion die anderen Staatsziele mit:

- Etwa Gesundheit und Wohlergehen (SDG 3),
- Nachhaltige Städte und Gemeinden (SDG 11) und
- Leben an Land (SDG 15).

Wägt man hier zielübergreifend ab, kommt man zwangsläufig zu dem Schluss, dass es günstiger ist, neben dem notwendigen Austausch von fossilen Energieträgern durch Erneuerbare Energien auch den Energieverbrauch drastisch zu senken:

- Etwa durch thermisch isolierte Gebäude,
- effizientere Verkehrskonzepte oder
- durch lokale Produktions- und Rohstoffkreisläufe.
- Dann lässt sich die Energieversorgung mit weniger erneuerbaren Kraftwerken sicherstellen.
- Das spart einerseits Geld und achtet zugleich Umwelt und Lebensqualität der Bevölkerung.

Dieselbe Herangehensweise ist zu empfehlen, um die Folgen der Klimakrise zu bewältigen. Der Temperaturanstieg und die ihn begleitenden Extremwetterlagen – von Hitze- und Dürreperioden bis hin zu Unwetterkatastrophen – schlagen sich gleichermaßen negativ auf die Gesundheit, die Landwirtschaft, die Wasserversorgung und andere Infrastrukturen nieder – mit all den damit verbundenen Folgekosten.

Die dicht besiedelten Städte werden sich besonders an den Temperaturanstieg anpassen müssen, um weiter lebenswert zu bleiben – insbesondere um jene ärmere Bevölkerungsgruppen zu schützen, die sich die Kühlung der eigenen Wohnung nicht leisten können. Stadtverwaltungen werden danach trachten, in Raumplanung, Bauvorschriften und Mobilitätskonzepten der Erhitzung entgegen zu wirken und die Temperaturen in der Stadt nicht noch weiter aufzuheizen.

Darüber hinaus haben sowohl die Erderhitzung wie auch die Maßnahmen zur Bekämpfung des Treibhauseffekts und zur Bewältigung seiner Folgen, Auswirkungen auf die Arbeitswelt (SDG 8). Das beginnt bei den Arbeitsbedingungen bei großer Hitze und endet bei Berufen und Branchen, die es künftig so nicht mehr geben wird. Der Staat ist daher gefordert, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, damit sich ArbeitnehmerInnen wie auch ArbeitgeberInnen an die neuen Gegebenheiten anpassen können und ihnen den Übergang zu erleichtern. Die SDGs 4 (Hochwertige Bildung) und 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur) weisen hier den Weg.

Diese Praxis-Beispiele machen klar: **Bei den SDGs geht es nicht lediglich um Ökologie und Umweltschutz, sondern um einen gesamtheitlichen Handlungsansatz!**



Status quo: Wir sind schlechter vorbereitet als andere Staaten!

Trotz der großen Chancen für Österreich und der globalen Bedeutung des Themas sind die Agenda 2030 und die SDGs weder im politischen, noch im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Alltag angekommen!

Bei einem hochrangigen Gipfeltreffen der Vereinten Nationen vom 25. bis 27. September 2015 wurde die "Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung" unter dem Titel "Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung" beschlossen. In weiterer Folge beschloss der Ministerrat im Jänner 2016, dass alle Ministerien in ihren Zuständigkeitsbereichen die Agenda 2030 im Rahmen eines „Mainstreamings“ umsetzen sollten. Es wurde daher die interministerielle Arbeitsgruppe „Umsetzung Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ gegründet.

Der Rechnungshof veröffentlichte im Juli 2018 einen ersten Bericht⁴ über die Fortschritte und kam zu einem ernüchternden Ergebnis. Zu den Hauptkritikpunkten zählten unter anderem:

- **Die mangelnde Priorität der Agenda 2030 bei beiden Bundesregierungen seither,**
- **das Fehlen einer zentralen Steuerung,**
- **das Fehlen einer Umsetzungsstrategie und**
- **das Fehlen eines Plans, wie die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Maßnahmen bewertet werden könnten.**

Im Februar 2019 zeigte eine Studie im Auftrag des Europaparlaments⁵, wie schlecht Österreich auf die Umsetzung der Agenda 2030 vorbereitet ist. Die Studie vergleicht, ob insgesamt sieben Voraussetzungen vorhanden sind: Von Führung und Koordination, über Einbindung von StakeholderInnen, bis hin zu Mechanismen, die die SDGs im politischen System verankern und in die Gesetzgebung einfließen lassen.

Bei diesem Vergleich zeigen sich große Unterschiede zwischen den 28 EU-Mitgliedsstaaten.

- Finnland hat bereits fast alle Voraussetzungen geschaffen und erzielte 26 von 28 Punkten.
- Österreich kam hingegen nur auf sieben Punkte und landete damit gemeinsam mit Kroatien nur auf dem 24. Rang, nur knapp vor Zypern, Bulgarien und dem durch den BREXIT politisch gelähmten Großbritannien.⁶

ETHICO, eine Initiative im Umfeld der GRAWE-Group, veröffentlichte in Zusammenarbeit mit dem SENAT DER WIRTSCHAFT bei einer gemeinsam organisierten und hochkarätig besetzten Präsentationsveranstaltung im März 2019 eine Studie⁷, die den Status quo mit einer Trendanalyse kombinierte und das Ziel verfolgt, eine Scorecard für laufende Ländervergleiche zu erstellen. Bei einzelnen Kriterien findet sich Österreich auch in dieser Analyse bestenfalls im Mittelfeld.

Sofortmaßnahmen sind nötig und werden gefordert!

Österreichs Zivilgesellschaft hat auf die weitgehende Stagnation bei der Umsetzung der Agenda 2030 reagiert:

- **2017 gründete sich SDG Watch Austria**, ein umfangreiches Netzwerk aus mehr als 150 Mitgliedsorganisationen verschiedenster NGOs, das sich für arbeitsfähige staatliche Strukturen zur Umsetzung der Agenda 2030 und der SDGs einsetzt.
- **Seit 2017 vergibt der SENAT DER WIRTSCHAFT den Austrian SDG-Award** an Unternehmen, die die SDGs in ihrer Geschäftslogik umfassend verankert haben. Nun wird der Award auch an Gemeinden bzw. Städte, an JournalistInnen sowie RepräsentantInnen der Jugend bzw. Jugendorganisationen verliehen, um die Bewusstseinsbildung zur Wichtigkeit der SDGs in einer nach wie vor tendenziell uninformierten Öffentlichkeit zu verstärken.

Die Hauptkritik des SENAT DER WIRTSCHAFT und SDG Watch Austria richtet sich dahingehend, dass es in Österreich bislang vor allem an der politischen Ambition mangelt, die Chancen der Agenda 2030 zu nutzen und daher keine Strukturen geschaffen wurden, die das beschlossene Mainstreaming tatsächlich ermöglichen.⁸ Die Ergebnisse von Rechnungshof und der Studie des EU-Parlaments bestätigen diese Sichtweise.

Für Unternehmen: SDGs sichern das Überleben und vermeiden Kosten!

Die SDG-Thematik ist auch für Unternehmen höchst relevant – und das nicht nur auf einer lediglich ideellen Ebene. **Es geht dabei um die Absicherung des eigenen Geschäftsmodells und damit um die Sicherstellung des wirtschaftlichen Überlebens auf lange Sicht!** Es wird sehr bald unmoralisch sein, als Unternehmen so zu agieren, als gäbe es die SDGs nicht und damit werden Unternehmen, die diese 17 Ziele ignorieren, sehr schnell als wirtschaftlicher Partner nicht mehr in Frage kommen! Dass dieser Weg in Bezug auf die SDGs vorgezeichnet ist, zeigt das Beispiel des omnipräsent diskutierten Fachkräftemangels:

- Bereits seit Jahren betont der SENAT DER WIRTSCHAFT mit aller Vehemenz, wie wichtig strategisch orientierte Berufsbildungsprogramme sind, um als ArbeitgeberIn in der Zielgruppe der Fachkräfte attraktiv zu sein. Dieser Appell wurde vielfach ignoriert und sogar belächelt. Heute ist allen klar: Ohne Fachkräfte können Aufträge nicht angenommen und umgesetzt werden. Die fehlenden Umsätze und Erträge führen zu einem Wettbewerbsnachteil und gefährden das wirtschaftliche Überleben.
- Maßnahmen, die sich an den SDGs orientieren (4 - Hochwertige Bildung, 5 - Geschlechtergleichstellung, 8 - Menschenwürdige Arbeit, 10 - Weniger Ungleichheit, 12 - Verantwortungsvolle Produktionsmuster, 15 - Leben am Land), wirken dem Fachkräftemangel entgegen.

Bei Kosten, die durch vermeidbaren Auftragsentgang entstehen, spricht man von Opportunitätskosten, die es auch im Hinblick auf die SDGs zu vermeiden gilt. Wer künftig als ArbeitgeberIn oder LieferantIn in Frage kommen will, muss die SDGs daher jetzt im Unternehmen verankern und konkrete Maßnahmen setzen. Daher ergeht an die Unternehmen ein unmissverständlicher Appell: JETZT ist es das Gebot der Stunde, sich mit den SDGs intensiv zu beschäftigen!

AN ALLE POLITISCHEN ENTSCHEIDUNGSTRÄGER/INNEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH SOWIE MITARBEITER/INNEN DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG

Die dringlichen Handlungsempfehlungen

Als sofort zu setzende Maßnahmen fordern SDG Watch Austria und der SENAT DER WIRTSCHAFT daher:

- **Politische Leadership auf höchster Regierungsebene und klare Zuständigkeiten für die koordinierte Umsetzung der Agenda 2030.**
- **Eine umfassende Bestandsaufnahme und Lückenanalyse als Grundlage für die Erreichung der SDGs.**
- **Eine übergeordnete Strategie, wie die Agenda 2030 in Österreich umgesetzt werden soll.**
- **Die strukturierte Partizipation aller StakeholderInnen, insbesondere der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der für die Agenda 2030 engagierten Wirtschaft.**
- **Eine transparente und öffentlichkeitswirksame Berichterstattung über Maßnahmen und den Fortschritt bei der Umsetzung.**
- **Die Einführung einer verpflichtenden Nachhaltigkeitsprüfung (Impact Assessment) für alle Gesetzgebungsprozesse und Verordnungen.**
- **Die Verankerung der SDGs im Bundeshaushaltsgesetz und die Einführung eines SDG-Budgeting.**
- **Die Behandlung der SDGs in allen Parlamentsausschüssen.**
- **Öffentlichkeitswirksames Vor-den-Vorhang-holen SDG-relevanter Best-Practice-Beispiele, z.B. durch den Austrian SDG-Award.**

AN ALLE ENTSCHEIDUNGSTRÄGER/INNEN DER WIRTSCHAFT

Die dringlichen Handlungsempfehlungen

Der SENAT DER WIRTSCHAFT und SDG Watch Austria fordern UnternehmerInnen, Vorstände, GeschäftsführerInnen, GründerInnen, Aufsichts- und BeiratInnen, Unternehmens-EigentümerInnen und InvestorInnen, aber auch alle RepräsentantInnen der wirtschaftsorientierten Interessensvertretungen auf:

- **Die eigene Verantwortung zu erkennen und ernst zu nehmen, indem sie sich selbst über die SDGs und deren Bedeutung für das eigene Unternehmen umfassend informieren.**
- **Das eigene Geschäftsmodell und Abläufe im Lichte der SDGs zu analysieren, um zukunftsorientierte und unternehmensabsichernde Veränderungen umgehend vorzunehmen.**
- **Unternehmensintern für die umfassende Bekanntheit der SDGs und ihrer Bedeutung für ein zukunftsorientiertes Wirtschaften zu sorgen. Unternehmen haben einen SDG-Bildungsauftrag zu erfüllen, damit Maßnahmen des Unternehmens auch interne Akzeptanz finden.**
- **Die eigene SDG-orientierte Unternehmensausrichtung medial zu verbreiten, um in der Zielgruppe als relevante LieferantInnen und ArbeitgeberInnen bekannt zu sein.**
- **Die Bedeutung der SDGs im Kontext mit dem eigenen Unternehmen in der breiten Öffentlichkeit, z.B durch gezielte Medienarbeit oder durch die Teilnahme am Austrian SDG-Award, regional und national bekannt zu machen und so einen gesamtgesellschaftlichen Change-Prozess zu unterstützen.**

Wien, 20. August 2019

Für den SENAT DER WIRTSCHAFT Österreich



Hans Harrer
Vorstandsvorsitzender



Jochen Ressel
Geschäftsführer - Operations

Für SDG Watch Austria



Mag. Thomas Alge
Geschäftsführer – ÖKOBÜRO
Allianz der Umweltbewegung

ÜBER DEN SENAT DER WIRTSCHAFT

Der **SENAT DER WIRTSCHAFT** ist eine parteiunabhängige und ökosozial ausgerichtete Wirtschaftsorganisation mit dem Ziel, Unternehmen praxisorientierte Anwendungsinformationen zu ökosozialen Themen bereitzustellen. Er ist Think-, aber vor allem ein Do-Tank, denn es geht um die Realisierung konkreter Maßnahmen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Unternehmen. Das betrifft die Bereiche Wirtschaft, Ökologie, Bildung und Gesundheit. In diesen Bereichen werden Unternehmen aktiv unterstützt, zukunftsfit zu bleiben. Außerdem ist der SENAT ein international agierendes Wirtschafts-Netzwerk und steht in engem Dialog mit politischen EntscheidungsträgerInnen, um die Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen zu bewirken. www.senat-oesterreich.at

Im **PLÄDOYER** werden kontinuierlich aktuelle Themen lösungsorientiert aufgegriffen, umfassend beleuchtet, verständlich formuliert und praxisnahe Handlungsoptionen für EntscheiderInnen in Wirtschaft und Politik dargestellt. Die Best Practice-Empfehlungen und fachlichen Informationen kommen aus dem Know-how-Pool von SENATs-Mitgliedsunternehmen sowie von Partner-Institutionen des SENAT DER WIRTSCHAFT.

Weitere Informationen

Für zusätzliche und ergänzende Informationen zu diesem PLÄDOYER sowie über den SENAT DER WIRTSCHAFT und seine Aktivitäten, wenden Sie sich bitte direkt an:

- **Jochen Ressel**
Geschäftsführer – Operations | SENAT DER WIRTSCHAFT Österreich
j.ressel@senat-oesterreich.at | +43-676-756 756 4
- **Dr. Johannes Linhart**
Geschäftsführer | MITTELSTANDS-ALLIANZ des SENAT DER WIRTSCHAFT Österreich
j.linhart@senat-oesterreich.at | +43-664-819 16 66

Dieses PLÄDOYER basiert auf Inputs von

- **Mag. Thomas Alge** und **Mag. Thomas Mördinger**



QUELLEN

1. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030/entwicklungsziele-agenda-2030.html>
2. Video-Botschaft von Bundespräsident Alexander Van der Bellen an das SDG Forum 2018:
<https://youtu.be/p1DKumAdEg8>
3. https://www.kleinezeitung.at/politik/aussenpolitik/5579169/UNONachhaltigkeitsziele_Kurz-begann-Besuch-in-Suedkorea
4. https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Entwicklungsziele_Vereinten_Nationen_2030.pdf
5. <https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/160360/DEVE%20study%20on%20EU%20SDG%20implementation%20formatted.pdf>
6. Ebd. - S. 91
7. <https://senat-oesterreich.at/veranstaltungen/rueckblicke/26-maerz-2019-kick-off-event-zum-sdg-award-2019/>
8. Vgl. dazu: Michael Obrovsky: SDG Umsetzung in Österreich: Was es bräuchte, um vom Mainstreaming-Ansatz wirklich zu profitieren. <https://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Policynote/PN22-SDGs-Oesterreich.pdf>

IMPRESSUM

SENAT DER WIRTSCHAFT Österreich

Bundesgeschäftsstelle | Rotenturmstraße 5-9/1 | 1010 Wien | office@senat-oesterreich.at | www.senat-oesterreich.at

Tel.: +43 1-505 3548 | Fax: +43 1-505 3548-20

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Harrer | Vorstandsvorsitzender
Jochen Ressel | Geschäftsführer - Operations